

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

16.3.1901 (No. 74)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 16. März.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Nr. 74.

1901.

Amtlicher Theil.

Mit Entschliessung des Ministeriums des Innern vom 11. März 1901 wurden in gleicher Eigenschaft verlehrt:
Revisor Eduard Merkel in Ettlingen zum Bezirksamt Karlsruhe,
die Revidenten
Gustav Karb in Staufeu zum Bezirksamt Ettlingen,
Stefan Brecht in Borsberg zum Bezirksamt Staufeu,
Ernst Götz in Laubersbichsheim zum Bezirksamt Borsberg,
Karl Eckert in Engen zum Bezirksamt Achern,
Hermann Widel in Bonndorf zum Bezirksamt Engen,
August Armbruster in Billingen zum Bezirksamt Bonndorf.

Nicht-Amtlicher Theil.

* Deutsche Weltpolitik.

Die „Post“ schloß dieser Tage eine Betrachtung über die auswärtigen Beziehungen Deutschlands mit dem Satz: „Mischen wir uns in Dinge ein, die uns nichts angehen, so werden wir schließlich allein die Beute zu bezahlen haben.“ Die „Freisinnige Ztg.“ drückt diesen Satz mit dem größten Behagen ab und bezeichnet ihn als eine Warnung und als einen Beweis erheblicher abgekühlter Begeisterung für Weltpolitik.
Wenn man die deutsche auswärtige Politik des letzten halben Jahrzehnts — und erst seit dieser Zeit ist ja der Ausdruck „Weltpolitik“ in Aufnahme gekommen — rückwärts überblickt, so wird man kaum etwas finden, was zu der Warnung, sich in Dinge, die Deutschland nichts angehen, zu mischen, Anlaß geben könnte. Es ist Deutschland in dieser Zeit ganz und gar nicht eingeleitet, sich in alle Welthandel einzumengen. Es sei nur daran erinnert, daß Deutschland bei den griechisch-türkischen Wirren und den damit verbundenen kritischen Schwierigkeiten eine äußerst zurückhaltende Politik geübt, ja schließlich sogar, wie Graf v. Bülow sich ausdrückte, „die Flöte auf den Tisch gelegt“ hat. Es sei ferner daran erinnert, daß bei dem spanisch-amerikanischen Konflikt Deutschland niemals die Grenzen strengster Zurückhaltung überschritten hat. Es sei endlich daran erinnert, daß Deutschland es vermieden hat, sich in den Kampf zwischen England und den beiden Burenrepubliken einzumischen. Geringe hat Deutschland eingegriffen erstens bei den Samoa-Wirren und zweitens bei den durch die Borer-Unruhen hervorgerufenen chinesischen Wirren. Von diesen beiden Gelegenheiten wird aber sicherlich Niemand behaupten wollen, daß es Dinge seien, die Deutschland nichts angehen.

Haben nun die leitenden Staatsmänner Deutschlands in der jüngsten Vergangenheit ihre Einmischung in auswärtige Angelegenheiten stets mit dem Ermessen, ob große und berechtigte deutsche Interessen wahrzunehmen wären, in Zusammenhang gebracht, so gibt nichts zu der Beforgnis Anlaß, daß sie in Zukunft von dieser Maxime abgehen werden. Freilich ist zuzugeben, daß der Kreis der deutschen Interessen sich stetig erweitert hat und sicherlich noch erweitern wird und damit steht in Zusammenhang die Möglichkeit, daß Deutschland vielleicht in dreißig Jahren dort keine Interessen wird schützen müssen, wo es heute noch keine umfassenderen Interessen besitzt, ebenso wie es heute keine Interessen dort wahrnehmen muß, wo es vor einem Menschenalter noch keine besaß. Wollte man um der Möglichkeit willen, daß man zu Konflikten gelangen könnte, überhaupt von der Schaffung von Interessen absehen, so würde man damit jede gesunde Entwicklung negieren. Dann würde man schließlich zu dem Bedauern gelangen müssen, daß vor einem Menschenalter das Deutsche Reich und anderthalb Jahrhunderte früher das Königreich Preußen geschaffen wurden, weil all diese Erweiterungen der Macht und — Interessensphäre naturgemäß die Möglichkeit von Konflikten mit sich brachten.

Schon vor Jahrzehnten wies Franz von Holtendorff eindringlich darauf hin, daß Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten die drei Mächte sind, deren natürliches Schwergewicht ihnen den Vorrang vor allen andern Staaten bei der Auftheilung des Einflusses über die Welt sichert. Die Ereignisse der letzten Jahre haben dem großen Gelehrten nur zu sehr Recht gegeben. Will Deutschland nicht schließlich zwischen diesen Mächtekräften

zerrieben werden, so muß es alle seine Kräfte anspannen. Wir haben zu dem gegenwärtigen Leiter der deutschen auswärtigen Politik das Vertrauen, daß er alle Vorbereitungen treffen wird, damit Deutschland zum mindesten nicht zurückgedrängt wird.

Die landwirtschaftlichen Kreisvereine von Elsaß-Lothringen.

SRK. Straßburg, 15. März.

Durch Kaiserliche Verordnung vom 12. März 1900 sind zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der landwirtschaftlich-treibenden Bevölkerung die landwirtschaftlichen Kreisvereine von Elsaß-Lothringen zu einem Landesverband vereinigt und ist zugleich dem letzteren die Rechtsfähigkeit verliehen worden. Ueber die Geschäftstätigkeit dieses Landesverbandes nun, bis zum 1. Januar 1901, wurden in der 4. Kommission des Landesauschusses eingehende Mittheilungen erstattet, aus denen sich ergibt, daß der Geschäftsumsatz für den angegebenen Zeitraum sich auf über 600 000 M. beläuft. Die Aufgabe des Landesverbandes besteht zur Zeit in der Hauptsache darin, durch Vermittlung der Kreisvereine den Landwirthen möglichst gute und möglichst billige Waare möglichst prompt zu liefern. Diese Aufgabe ist nicht leicht und kann namentlich beim Beginn eines solchen Unternehmens nicht nach allen Richtungen hin sofort befriedigend gelöst werden. Trotzdem darf sie im ganzen und großen für den abgelaufenen Theil des ersten Geschäftsjahres als gelöst angesehen werden. Es ist hierbei zu bemerken, daß der Landesverband dem reellen Handel keine Konkurrenz machen soll, und ist er deswegen auch der Besteuerung wie jeder andere Geschäftsbetrieb unterworfen. Er macht eine solche Konkurrenz jedoch auch thatsächlich nicht; denn es steht erfahrungsgemäß fest, daß überall da, wo eine rege Vereins- und genossenschaftliche Thätigkeit stattfindet, auch der reelle Handel in allen landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln fortgesetzt zunimmt. Die Vereinsthätigkeit allein ist ganz außer Stande, die sich fortwährend steigenden Bedürfnisse aller zu befriedigen und muß daher dem Handel noch sehr viel überlassen.

Was die weitere Entwicklung des Landesverbandes anlangt, so erscheint dieselbe nach den bisher erzielten Resultaten als eine gesicherte. Jedenfalls aber hat sich der Landesverband auch in Zukunft aller Spekulationsgeschäfte zu enthalten und seine Hauptaufgabe in einem ruhigen und konsequenten Weiterarbeiten auf der eingeschlagenen Bahn zu suchen. Je mehr sich dabei Landesverband und Kreisvereine gegenseitig unterstützen und je mehr sich eine Arbeitstheilung zwischen dem Landesverband und den Kreisvereinen in der Weise entwickelt, daß der Landesverband für die Beschaffung guter und preiswerther Waaren, sowie für deren prompte Lieferung sorgt, während die Kreisvereine sich den Vertrieb, d. h. die immer weitere Verbreitung des Gebrauchs der Waaren und deren bequeme Vermittlung an die Landwirthe angelegen sein lassen, desto größer wird der Vortheil sein, den die Landwirtschaft aus der Einrichtung zieht.

Das Kabinet Zanardelli.

Es ist unmöglich, sich einem Zweifel über die missliche Lage des Kabinetts Zanardelli hinzugeben. Die parlamentarischen Gruppen beharren bei ihrer Abneigung gegen das Finanzprogramm des Kabinetts und haben ihr bei den Ersatzwahlen für den Budgetauschuss einen nicht zu verkennenden Ausdruck gegeben. Von den Anhängern der Regierung konnten nur zwei Abgeordnete in den Ausschuss gelangen während die Opposition sechs Mitglieder in diesen zu entsenden vermochte. Dieses Wahlergebnis eröffnet, wie die „Post. Ztg.“ mit Recht bemerkt, trübe Aussichten für das Schicksal der Reformen, mit denen das Kabinet am 7. März vor die Kammer getreten ist. Je weiter die konservativen Gruppen von der Regierung abrücken, desto sicherer darf diese allerdings auf die Unterstützung der Parteien der äußersten Linken rechnen, wenn auch diese Zweifel an der Vortrefflichkeit der Reformen, die ihnen nicht weit genug gehen, haben. Aber sie sind immerhin geneigt, sich mit einer Abschlagszahlung zu begnügen und halten auch sonst die Interessen der breiten Masse unter Zanardelli besser gewahrt als unter einem Kabinet, das seine Signatur durch Herrn Sonnino

oder einen anderen reformfeindlichen Konservativen erhielt. Die äußerste Linke ist nicht so stark, daß ihre Unterstützung die Gegnerschaft der Gruppen der Rechten und des Centrums aufwiegen könnte, und so muß man sich darauf gefaßt machen, daß der Lebensfaden des Kabinetts Zanardelli schneller durchschnitten werden wird, als im Interesse des öffentlichen Wohles liegt. Schon soll alles vorbereitet sein, um eine Krisis herbeizuführen. Wie berichtet wird, sind zwischen Sonnino und Rubini bereits Vereinbarungen getroffen worden, um die Regierung zu stürzen, und zwar mit einer Abstimmung, die dem König nahelegen würde, die Bildung des neuen Kabinetts den Herren Sonnino und Rubini zu übertragen. Die hervorragendsten Persönlichkeiten der Kammer haben sich mit dieser Absicht einverstanden erklärt und sie werden gern zum Sturz des Kabinetts mitwirken, weil dieser ihnen, die den beiden Ministerien Pelloux und dem Kabinet Saracco angehörten, eine herzliche Genugthuung bereiten würde. Wie das öffentliche Wohl dabei fährt, danach pflegt man in Italien nicht zu fragen, und der Umstand, daß unter einem Ministerium Sonnino-Rubini jede ernste Reformthätigkeit ad calendae graecas verlagert wäre, würde diesem die parlamentarische Basis verschaffen, deren Herr Zanardelli noch entbehrt, weil es ihm eingeleitet ist, den Stier bei den Hörnern zu fassen.

Aus der französischen Deputirtenkammer.

* Paris, 14. März. Deputirtenkammer. Der Präsident kündigt an, daß der Justizminister auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Deputirten Saluzot nachgesucht habe. (Große Bewegung) Saluzot (Nationalist) verlangt die sofortige Wahl der für die Beratung der Angelegenheit einzusetzenden Kommission, damit die gegen ihn inszenirte politische Komödie möglichst bald beendet werde. (Lärm links. Beifall rechts.) Die Kammer beschließt, die Kommission morgen zu wählen, und gleichfalls morgen die Interpellation über die geschehene Zuckerspekulation zu erörtern. Saluzot ist beschuldigt, an den Spekulationen durch massenhaften Ankauf von Zuckersüßholzwurzel zu haben. In der Fortsetzung der Beratung über das Vereinsgesetz begründet Bou einen Antrag dahingehend, dem Artikel 13 folgende Fassung zu geben: „Die religiösen Genossenschaften unterliegen dem gemeinen Recht.“ Der Antrag wird mit 358 gegen 162 Stimmen abgelehnt.

d'Arriaud bringt folgenden Antrag ein: „Keine religiöse Genossenschaft kann sich bilden ohne Genehmigung durch ein im Ministerium beschlossenes Dekret, das die Bedingungen seiner Wirksamkeit bestimmt. Die Kongregationen können stets durch ein im Ministerium beschlossenes Dekret aufgelöst werden.“ Berichterstatter Troillot erklärt sich im Namen der Kommission gegen den Antrag. Diese bleiben bei dem Prinzip der Genehmigung durch die gesetzgebenden Gewalten, wie es heute besteht.

Ribot wendet sich dagegen, daß der Berichterstatter für die Kommission gewissermaßen die Vertrauensfrage gestellt habe. Wenn der Artikel der Kommission angenommen wird, wird man morgen zurückweichen oder eine Handlung begehen müssen, die man als Franzose und Republikaner bedauern würde.

Waldack-Roussau: Die Regierungsvorlage unterschied ursprünglich eine Vereinigung von Personen neben einer solchen von Gütern. Die Kammer hat später auch für jene die Möglichkeit geschaffen, die Rechtsfähigkeit zu erwerben. Damit entspricht die Ermächtigung durch Dekret nicht mehr den neuen Rechtsverhältnissen. Der Redner ersucht um Annahme des Kommissionsentwurfes.

Der Antrag d'Arriaud wird darauf mit 281 gegen 258 Stimmen abgelehnt. Weiterberatung Montag.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 14. März.

Der Präsident theilt den Dank Seiner Königlich Hohheit des Prinz-Regenten von Bayern für das Glückwunschtelegramm des Reichstags mit.

Auf der Tagesordnung steht eine größere Anzahl für die zweite Beratung noch übrigen Theile des Reichshaushaltsetats. Zunächst wird vom Etat des Innern das Kapitel Reichsversicherungssamt beraten.

Die Kommission hat den Vorschlag eines mathematisch und versicherungstechnisch geschulten Mitgliedes getrieben und eine Resolution beantragt, wonach die Senatsvorsitzenden des Reichsversicherungssamts den Rang der Räte dritter Klasse erhalten sollen.

Eingegangen ist eine Resolution Albrecht, wonach zu ständigen Mitgliedern des Reichsversicherungssamts Techniker und Rationalökonomie berufen werden sollen.

Abg. Röske-Deßau (lib) bezeichnet es als gescheitert, daß, wie es im Kreise Rauche-Belzig geschehen sei, Beiträge der landwirtschaftlichen Berufsvereine im Anschluß an die Kreisvereine betriebsmäßig wurden. Redner empfiehlt die Resolution Albrecht und bespricht die Frage einer selbstständigeren Gestaltung des Reichsversicherungssamts. Erfreulich sei das Vertrauen, das das Reichsversicherungssamt in allen Kreisen des Volkes genießt. Die Selbstständigkeit desselben dürfe aber nicht weiter herabgedrückt werden, lieber werde die Selbstständigkeit

dadurch beeinträchtigt, daß der Reichsanzler durch eine kaiserliche Verordnung das Recht der Erneuerung von nichtständigen und richterlichen Beamten erhalten habe.

Abg. Stadthagen (Soz.) weist auf das Anwachsen der Unfälle hin. Das Geldinteresse veranlasse die Berufsvereinigungen, die Unfallvorschriften nicht genügend auszuführen. Die Arbeiter müßten beim Erlaß der Unfallverfügungen und der Kontrolle der Vorschriften mit herangezogen werden. Das Unternehmertum verhindere, daß die Arbeiter vollen Schadenertrag bekommen. Viele Unfälle würden durch die Schuld der Unternehmer herbeigeführt. Redner tadelt schließlich die hohen Gehälter bei den Versicherungsanstalten und Berufsvereinigungen.

Abg. Koch (Soz.) befürwortet die Resolution Albrecht, eine Vermehrung der technischen Kräfte sei dringend notwendig. Die Urteile des Reichsversicherungsamtes und Bearbeitung des statistischen Materials liegen einem erschreckenden Mangel an Verständnis der wirtschaftlichen Verhältnisse entgegen.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt: In meiner Stellung als Chef des Reichsamtes des Innern muß ich vorzüglich sein, um auch den Schein zu vermeiden, als ob ich auf die Rechtspflege beim Reichsversicherungsamt einwirken wollte. Die Frage der Entschädigung des Vorsitzenden der Berufsvereinigungen wird neuerdings geprüft werden. Selbstverständlich sollen die Vorsitzenden der Berufsvereinigungen aus ihrer Stellung keinen Gewinn ziehen, sondern nur die tatsächlichen Aufwendungen ersetzt erhalten. Die Techniker haben nach dem heutigen Stande ihrer Wissenschaft volle Berechtigung in allen Verhältnissen mit den Vertretern anderer Berufe gleichgestellt zu werden. Ich habe dieser meiner Auffassung bei der Besetzung von Stellen im Patentamt Rechnung getragen und will die Frage eingehend erwägen, ob zur Beurteilung technischer Fragen bei der Feststellung der Unfallrenten und dergleichen es erwünscht erscheint, Techniker in größerer Anzahl zu Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes zu machen, doch kann ich eine endgültige Erklärung noch nicht abgeben. Was die Selbständigkeit des Reichsversicherungsamtes angeht, ist zu bedenken, daß nur derjenige Beamte den Reichsanzler vertreten kann, welcher zum Stellvertreter ernannt ist. Will man den Chef des Reichsversicherungsamtes mit diesen Befugnissen betrauen, so würde dadurch der Chef einer obersten richterlichen Behörde politischer Beamter, das wäre staatsrechtlich nicht angängig oder man müßte beim Reichsversicherungsamt die richterliche Tätigkeit von der Verwaltung trennen. Die Verwaltungsbefugnisse sind aber nicht umfangreich genug, um einen Staatssekretär zu beschaffigen. Bezüglich der Ernennung der Richter hat der Bundesrat auf seine Befugnisse verzichtet. Man hielt es für angemessen, daß diese richterlichen Beamten, die nicht selten wechseln, vom Reichsanzler ernannt werden. Was die Schiedsgerichte angeht, hoffe ich, daß die territorialen Schiedsgerichte sich mit den Landgerichten zusammenlegen lassen werden. Die Landrichter werden sehr geeignete Vorsitzende für die Schiedsgerichte im Nebenamt sein, wie auch außerordentlich geeignete Beisitzer. Ich hoffe, daß dies die Entwicklung der Schiedsgerichte in allen Bundesstaaten zukünftig sein wird.

Abg. Sackse (Soz.) bespricht die Unfälle im Bergbau, die stark zugenommen hätten.

Abg. Pauli-Potsdam (Konf.): Unfälle seien vielfach durch die Arbeiter selbst verschuldet.

Abg. Herzfeld (Soz.) bespricht die land- und forstwirtschaftlichen Berufsvereinigungen. Es sei unbedingt notwendig, die Durchschnittslöhne der Landarbeiter festzusetzen. Die mecklenburgischen Ausführungsbestimmungen zum Unfallversicherungsgesetz widersprechen dem Geiste des Gesetzes.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky sagt Prüfung der Ausführungsgesetze zu. Eine Neuauflage der landlichen Durchschnittslöhne sei in die Wege geleitet; die jetzigen Durchschnittslöhne stimmten nicht mehr.

Abg. Hilke (nat.-lib.): Die polnischen Arbeiter müßten Deutsch lernen, wenn sie in Industriegegenden kämen und hohe Löhne verdienen wollen. Jetzt werde auch die kleinste Vertretung angelegt. Das sei an sich vernünftig, verteilte aber zu falschen Schlüssen, wie sie die Sozialdemokraten gezogen hätten. In Wirklichkeit hätten die Unfälle sich nicht vermehrt.

Abg. Dr. Hike (Centr.) wünscht eine Statistik, wie oft den Arbeitern außerhalb des Betriebes die Rente entzogen werde. Hier sei eine Polenpolitik nicht angebracht. Wo Polen beschäftigt würden, müßten die Unfallvorschriften auch in polnischer Sprache ausgeschrieben. Er empfehle die Resolution Albrecht, soweit sie sich auf technische Beamte bezieht. Nationalökonom als ständige Beamte anzustellen, sei nicht nötig.

Abg. Dr. Dertel (Konf.) verteidigt den Landtagsabgeordneten Felsch als Vorsitzenden der Bauingenieurvereinigungen gegen Angriffe des Abg. Stadthagen. Diese Angriffe seien teilweise durch Vertuschungen im „Vorwärts“ widerlegt.

Abg. Stadthagen (Soz.) hält diese Angriffe aufrecht. Er hätte die Pflicht, Sachen, von denen er gehört, zur Sprache zu bringen. (Zuruf des Abg. v. Kardorff: „Gerüchte also?“) Es sei eine Annahme v. Kardorffs, ihm so etwas zuzurufen.

Präsident Graf v. Kallstrem: Sie dürfen einem Mitgliede nicht Unmaßung vorwerfen; das darf selbst ich mir nicht gestatten. (Heiterkeit.)

Abg. Stadthagen fortfahrend: Er werde die Angelegenheit Felsch der Staatsanwaltschaft unterbreiten. Felsch werde aber vielleicht vor Gericht anders aussagen, als er jetzt spreche.

Abg. Dr. Dertel (Konf.): Stadthagen möge doch seine Behauptungen außerhalb des Hauses wiederholen; er gehe aber der Sache offenbar aus dem Wege. Seine letzte Behauptung sei ehrenrührig.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Seitens des Staates geschehe alles, um die Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen zu verstärken. Allerdings könnte noch immer viel geschehen. Aber die Zustände könnten sich bessern, wenn die Kenntnisse der Gesetze sich ausbreiten.

Abg. Singer (Soz.): Es widerspreche dem Geiste der Gesetze, wenn Räte aus dem Reichsamt des Innern in das Reichsversicherungsamt berufen würden, wie Geh. Rath Gruner, der Verfasser der Denkschrift über die „Zustandsvorlage“, und einige andere. Ihre Berufung müßte von den Arbeitern mit allerhöchstem Mißtrauen angesehen werden; sie könnten kein Vertrauen mehr zum Reichsversicherungsamt haben.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Der Bundesrat hat das Recht, nach eigenem Ermessen Beamte in das Reichsversicherungsamt zu berufen. Er hat nur Beamte berufen, die mit der sozialpolitischen Gesetzgebung vertraut sind. Geh. Rath Gruner habe nur einen ihm erteilten Auftrag ausgeführt und das ihm zur Verfügung gestellte Material zusammengestellt.

Abg. Rüstke-Deffau (lib.-lib.) und Abg. Trimborn (Centr.) sprechen sich ebenfalls gegen die Berufung des Geh. Raths Gruner aus.

Der Etat des Reichsversicherungsamtes wird angenommen, ebenso die Resolution der Kommission; die Resolution Albrecht wird abgelehnt.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 15. März.

Das Haus und die Tribünen sind gut besucht. Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Ergänzungsetats der Chinavorlage. Reichsanzler Graf v. Balow führt aus: Seitdem ich zuletzt die Ehre hatte, über die in China gepflogenen

Verhandlungen in dem hohen Hause zu sprechen, sind diese zwar langsam doch stetig vorgeschritten und wir sind der Regelung der Verhältnisse in China ein gutes Stück näher gekommen. Wenn ich sage, die Verhandlungen sind langsam vorgeschritten, so soll darin keine Kritik liegen; weder für die Vertretungen in Peking noch für die Regierungen. Viele Köpfe unter einen Hut zu bringen, ist immer schwierig und in dem vorliegenden Falle sollten sich nicht nur die Vertreter der Mächte untereinander verständigen, sondern ihre Beschlüsse sollten auch von ihren Regierungen ratifiziert werden und die Absichten, Aspirationen und Interessen der Regierungen gehen gerade in China bisweilen auseinander. Daß es trotzdem gelungen ist, ein gemeinsames Friedensprogramm aufzustellen, gereicht nicht nur den Vertretern in Peking zur Ehre, sondern beweist auch, daß das, was die Kabinette wollten, namentlich die Einigkeit der Mächte aufrecht zu erhalten, erreicht ist, trotz gewisser in der Natur der Verhältnisse und der Vergangenheit begründeter Divergenzen. Wir halten an der Hoffnung fest, daß diese Solidarität der Kulturvölker auch die Meinungsverschiedenheiten überwindet, die sich neuerdings hinsichtlich der chinesischen Verhältnisse herausgestellt haben. Redner resumiert hierauf den Gang der Verhandlungen. Die bekannte Kollektivnote ist inzwischen von den chinesischen Bevollmächtigten unterzeichnet worden. Der definitive Text zeigt gegenüber dem Entwurf nur wenig Veränderungen. Wir sind jetzt in eine Phase der Unterhandlungen mit China eingetreten. Lebhaftig um der Wiederkehr von Exzessen vorzubeugen, müßten die Mächte ein Exemplar statuieren und den schuldigen Mandarinen eine dringliche Ermahnung erteilen. Es handelt sich um die scheinliche Ermordung unseres Gesandten und die Ermordung von Hunderten von Europäern und Tausenden chinesischer Christen. Diese Mörder straflos ausgeben zu lassen, wäre ein Freibrief für künftige ähnliche Unthaten. Es war meines Erachtens auch vollkommen in der Ordnung, daß diesmal die wirklich schuldigen gefaßt sind, auch wenn es Mandarinen mit so und so viel Knöpfen sind. (Heiterkeit.) Die Art und Weise der Bestrafung muß sich richten nach den Vorschlägen derjenigen an Ort und Stelle. Für die Errichtung eines Sühnedenkmal für Kreteler sind Anstalten in Peking eingeleitet. In der Angelegenheit der Sühnemission des Prinzen Tschung habe ich vor einigen Tagen nach Peking telegraphiert. Seiner Majestät ist der Prinz Tschung genehm. Seine Mission kann aber erst zur Ausführung kommen, wenn China sich den Forderungen der Mächte gefügt hat und die auferlegten Bedingungen erfüllt oder ihre Erfüllung sicher gestellt hat. Sobald die deutsch-chinesischen Beziehungen in feste Form gebracht und die Verhandlungen durch die Unterzeichnung zum Abschluß gelangt sind, wird Seine Majestät bereit sein, den Prinzen als Führer der Sühnemission zu empfangen. Die Entschädigungsfrage bildet für uns den Gegenstand ernstlicher Aufmerksamkeit, wegen der großen Schwierigkeit diese Frage zu einem von allen Mächten anerkannten Programm zu bringen. China hat die Verpflichtung, den Schaden, der durch die Wirren entstanden ist, zu vergüten, bedingungslos anerkannt. Wir erheben somit Anspruch auf Entschädigung für dem Reich entstandene Kosten und Ertrag des uns in China zugefügten Schadens. Ueber die Höhe ist zur Zeit noch kein klarer Begriff zu gewinnen. Die über die Deckungsfrage eingeholten Gutachten zeigen erfreuliche Uebereinstimmung. Von einer Kontrolle des gesammelten chinesischen Staatswesens wollen sie nichts wissen. Das beste und sicherste Objekt seien die Seezölle. Der Reichsanzler theilt sodann eine Anzahl von in der Konferenz der Gesandten in Peking aufgestellten Fragen mit, sowie eine Note an den kaiserlichen Vorkonferenzen in London, worin diese Fragen beantwortet werden. Die Frage, wie lange unsere Truppen in Petchili noch bleiben werden, hängt ganz von der Loyalität ab, womit die Chinesen die von ihnen angenommenen Friedensbedingungen erfüllen. Mit großen Versprechungen und mit den schönsten Worten Li-Hung-Tschang's ist noch nichts gethan. Erhalten wir ernste Garantien für die Zahlung der zu leistenden Entschädigung werden wir so gleich unsere Truppen zurückziehen. Vergnügen macht es uns gar nicht, in Petchili zu bleiben. Wir werden Petchili verlassen, wenn dem aufrichtigen und lebhaften Wunsch, es so lange als möglich nicht wieder zu sehen, wenigstens nicht mit unseren Soldaten.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 15. März.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin hielt sich gestern auf dem Rückweg von Wiesbaden in Frankfurt auf und besuchte dort Seine Hoheit den Prinzen und Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen. Die Ankunft hier erfolgte um 1/11 Uhr.

Heute Vormittag empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Minister Dr. Buchenberger zum Vortrag. Zur Frühstückstafel kamen Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz und Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Max.

Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo. Abends besuchten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin das Konzert des „Münchener Raim-Orchesters“ unter der Direktion des Kapellmeisters Weingartner in der Festhalle.

* (Bürgermeisterwahl.) Nachdem die Amtsstelle des zweiten Bürgermeisters hiesiger Stadt durch die Wahl des Herrn Karl Stegloff zum ersten Bürgermeister frei geworden, ist die Vornahme der Wahl eines zweiten Bürgermeisters auf Mittwoch den 20. März, Vormittags halb 12 bis 12 Uhr, im großen Rathsaussaal anberaumt.

(Die Lage auf dem Arbeitsmarkt) bleibt unverändert trübe. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen Deutschlands drängten sich im Februar um je 100 offene Stellen 146,8 Arbeitssuchende (gegen 113,1 im vorigen Februar). Während im Februar v. J. in den Krankenkassen die Zahl der Beschäftigten noch um 0,5 Proz. zunahm, ist sie diesmal um 1,3 Proz. zurückgegangen. Im Mittelpunkt der kritischen Erscheinungen steht nach wie vor die Lage der Metall- und Maschinenindustrie, in der die Spannung zwischen niedergehenden Preisen für Fertigaaren und hochgehaltenen Preisen für Rohstoffe immer mehr drängende Wirkungen hervorruft. Schon wenden sich in einzelnen Fällen die Rückschlüsse gegen die Rohstoffproduzenten selbst. Die Einschränkung der Produktion auf den Gütemerken des luxemburgisch-lothringischen Bezirkes deutet auf den Umschwung selbst in der Roheisenindustrie.

(Großherzogliches Hoftheater.) Gestern ist in neuer Einföhrung nach langen Jahren wieder einmal der „Kaufmann von Venedig“ über unsere Hofbühne gegangen. Die Wirkung der sehr guten Darstellung wurde durch die intime geschmackvolle Ausstattung und durch eine melodische, fein angelegte Musik und Begleitmusik von Herrn Hans Steiner beträchtlich gehoben. Wohl zu den bekanntesten und vielbesprochensten Schafspeare'schen auf der „Kaufmann von Venedig“ gerechnet werden. Die, selbst nach dem Maßstabe der übrigen Dichtungen Schafspeare's gemessen, ganz erstaunliche Vielseitigkeit der Ister in einander verschlingenden Doppelhandlung, die mächtigste Phantasiegebilde neben die Vorgänge realistischen Realismus stellt, wird Jedermann, alt wie jung, fesseln und anregen, sie jetzt auch in hervorragendem Maße die geniale Mannigfaltigkeit der für das Drama erforderlichen Gaben, die Schafspeare in sich vereinigt, aber gerade in diesem Uebermaß äußerer Vielgestaltigkeit mögen einige nicht zu läugnende Mängel begründet sein, die in den unzähligen Kommentaren die verschiedensten Einwendungen erfahren haben. Wir wollen uns nicht versagen, an der Hand einiger maßgebenden Zitate diesen Mängeln etwas näher zu treten. So sagt u. a. Dultsbaupt, wenn auch scharf so doch zutreffend: „Auch dies Stück verräth den dramatischen Genies. Es hat eine meisterlich gezeichnete Charaktere und treibt in den Anekdoten der Handlung die allerhöchsten Blüthen der Lyrik. Aber es ist in seiner Verwickelung von fabelhaften, jedes Gedankens an eine Möglichkeit spottenden Vorgängen mit den aller-realistischsten Elementen ebenio wie in der Verwirrung seiner fittlichen Begriffe überbedeutlich; es gibt weder ästhetisch noch ethisch eine befriedigende Lösung; es ist kein Ganzes, es vertritt unangenehme Dinge und kann auf den Namen eines vollendeten Kunstwerks in unserer Zeit, in der sich die künstlerischen und moralischen Anschauungen mannigfaltig geändert, geklärt und geläutert haben, keinen Anspruch erheben. Entweder — oder; die Welt der Fabel und des schönen Scheins — oder die Tragik des Lebens, beides zusammen taugt nicht.“ Die Gerichstszene im vierten Akt ist selbstverständlich nicht ohne Widerspruch geblieben. So nennt Fhering die Auslegung der zum weissen Daniel gemordeten Porzia einen elenden Winkeltanz, einen kläglichen Abulitenanz, während Kohler in seinem geistreichen Buche „Schafspeare vor dem Forum der Jurisprudenz“ einer milderen Auffassung Raum gibt. Er will die Motivierung des Spruches auch nicht loben, den er ein gutes Urtheil mit schlechten Entscheidungsgründen nennt. „Dieses das ganze Herz durchglühende Rechtsbewußtsein ist es, welches die Entscheidung des weissen Daniel lenkt. Seine Zeit ist bereits zu dem infinitesimalen Bewußtsein gelangt, daß einem derartigen Schuldbelastung keine Folge gegeben werden darf, aber es ist ihr noch nicht gelungen, für dieses Bewußtsein den entsprechenden gedankemäßigen Ausdruck zu finden.“ Diese wenigen Zitate mögen genügen, zur Charakterisierung der Ausstellungen, die dem „Kaufmann von Venedig“ nicht erspart bleiben können. Aber trotz alledem wird das Werk nicht aufhören, zum eisernen Bestand aller Bühnen zu gehören, und durch die Fülle gedankenschäfer Einzelstellen auf Kaufende anregend und unterhaltend, erregend und erfreuend, seine starke Wirkung ausüben. In einzelnen verdient bei der Darstellung vor allem der überaus fein ausgearbeitete Sphloos des Herrn Wasserfmann genannt zu werden. Aber auch die Herren Herz (Bassanio), Häder (Braziano), Mark (Antonio), Gerlach (Vorenzo), Dahlberg (Prinz von Arragon), wurden ihren Rollen gerecht, ebenso gab Herr Kempf einen sehr feurigen Prinzen von Marokko und Herr Feingel einen recht launigen Lanzelot. Frau Höder erreichte bei der Darstellung der Porzia ihren Höhepunkt in der Gerichstszene, wo sie als weisser Daniel eine imponirende Sicherheit und — wenn das gesagt werden darf — kolossale Schmeidigkeit entwickelte. Fräulein Müller als ihre Begleiterin Kerissa entfaltete ihre Vorzüge mehr beim Weandel im Prunkgemach und Garten von Belmont. Auch die übrigen Rollen waren im ganzen richtig besetzt, was bei der großen Anzahl derselben, manche Schwierigkeit verursacht haben mag. Das Publikum erwies die sehr beifällige Aufnahme, die dem „Kaufmann von Venedig“ bei guter Aufführung gewiß nie versagt bleiben wird.

(Konzertnotiz.) Das auf Mittwoch den 20. März festgesetzte Konzert der Frau Lydia Holm unter Mitwirkung von Herrn Professor Orbenstein muß unvorhergesehener Verhältnisse halber verschoben werden. Näheres wird später bekannt gegeben.

(Die Bruttoeinnahmen des Künstlerfestes) betragen nach vorläufiger Berechnung gegen 50 000 M. Wir konnten schon berichten, daß am Sonntag 17 000 M. eingegangen waren, es scheinen sich demnach die drei Festtage ziemlich auf gleicher Höhe gehalten zu haben, wie man ja aus dem gleichmäßig starken Besuch schließen konnte, der von der ersten Stunde am Sonntag bis zum letzten Ausklingen am Dienstag Abend die morgenländische Pracht in der Festhalle belebte. Man darf dieses finanzielle Ergebnis wohl als ein über Erwartung gutes bezeichnen, und wenn die bisher noch nicht festgestellten Kosten auch gewiß nicht gering sein werden, so ist doch sicher, daß der Weimarer Penions- und Rentenanstalt für bildende Künstler ein reicher Betrag angeführt werden kann. Es hat somit das prächtige Fest, das der huldvollen Ueberrahme des Protektorats durch Seine Königliche Hoheit den Großherzog und dem in freigebigster Weise betätigten Interesse der Angehörigen des Großherzoglichen Hauses so wesentliche Förderung zu danken hat, seinen Zweck in jeder Richtung aufs Schönste erfüllt. Allen denen, die ideell und materiell mit offener Hand geben und zugleich nehmend, Schönheit und Freude verbreiten, an dem Feste theilzunehmen, wird das Bewußtsein, zum Gelingen eines verdienstlichen Werkes mitgewirkt zu haben, eine freudige Erinnerung sein und der Dank der Künstler, denen die Ergebnisse zugute kommen, wird ihnen ihre Thaten lohnen.

(Institut Jah.) Vor Beginn der Osterferien empfiehlt es sich wohl auf eine Anstalt aufmerksam zu machen, die sich seit ihres Bestehens als ein Segen für die heranwachsende Jugend erwiesen hat, es ist das Institut für Gesundheitskurven und Heilgymnastik des Hauptmanns a. D. Jahn, Viktoriastraße 3. Durch Erhaltung und andere Krankheiten sind im verfloffenen Winter viele Kinder geschwächt und in ihrer körperlichen Entwicklung beeinträchtigt worden. Für Allgemeinerziehung, für günstige Gestaltung der Arbeitsfälle und des Berufs-

forbes, zur Erlangung einer guten Körperhaltung u. s. w. gibt es kein besseres Mittel, als eine auf langjährige Erfahrung gestützte planmäßige Gymnastik, wie sie eben im Institut Zahn ausgebaut wird. Zahlreiche und beste Erfolge laut ärztlicher Atteste in der Behandlung von Rückenverkrümmungen, einseitig hoher Schultern, hoher Hüfte, Eng- und Schmalbrüst, schlaffer Haltung, allgemeiner Muskelschwäche, Bleichsucht, Blutarmut, Dickleibigkeit u. a. m. stehen zu Diensten. Prospekte sind durch das Institut und die Buchhandlungen von Kuntz und Urici kostenfrei zu beziehen.

Lebensbedürfnisverein. Im großen Eintrachtsaal fand am 12. d. M. Abends die 36. ordentliche Generalversammlung statt, wozu nur etwa 260 Mitglieder erschienen sind. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden des Aufsichtsraths, Herrn Oberrechnungsrath Kirsch, um 7 1/2 Uhr eröffnet. Nach Begrüßung der Anwesenden gab derselbe im allgemeinen ein Bild vom Geschäftsstand des letzten Jahres, welcher in den einzelnen Zweigen wieder als ein recht befriedigender zu bezeichnen sei. Die erzielte Ertragssteigerung, wie seit mehreren Jahren, eine Verteilung von 11 Proz. auf den Markennutzen im eigenen und ein solches von 6 1/2 Proz. auf den Markennutzen im Lieferantengeschäft, was in erster Linie der umsichtigen Vereinsorgane und dem gewissenhaften Zusammenwirken aller Vereinsorgane zu danken sei. Sodann wurde mitgeteilt, daß der Jahresbericht nunmehr den satzungsmäßigen Höchstbetrag von 80 000 M. erreicht habe. Hierauf erstattete Herr Direktor Brecht den Rechenschaftsbericht und gab hierzu die nötigen Erläuterungen. Der Gesamtertrag des Vereins betrug im letzten Jahre 2 341 999 M. (gegenüber 2 275 455 M. im Vorjahre), während der Markennutzen im eigenen Geschäft sich auf 1 849 126 M. und im Lieferantengeschäft auf 492 873 M. stellte. Die nach Abzug der betriebl. Abschreibungen, Zinsen, allgemeinen Unkosten z. verbleibende Ertragsüberschuss beläuft sich auf 254 975 M. 81 Pf., wovon zunächst 5 Proz. Zins für die Geschäftsguthaben mit 17 290 M. 30 Pf. abgehen, sodann noch 297 685 M. 51 Pf. zur Verteilung gelangen können. Das Geschäftsguthaben der Mitglieder beträgt am 31. Dezember 1900 352 027 M. (gegenüber 328 679 M. am 31. Dezember 1899) und die Haftsumme der Mitglieder 411 050 M. Die Bilanz schließt in Soll und Haben mit 1 001 502 M. 29 Pf. ab. Der Mitgliederbeitrag betrug am 1. Januar 1900 5 599, eingetretene sind 811, ausgeschiedene 447, sodann Ende Dezember 1900 die Mitgliederzahl sich auf 5 963 stellte. Der Rechenschaftsbericht, die vom Aufsichtsrath und Vorstand vorgelegten Verwendung der Ertragsüberschüsse, sowie die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsraths wurden einstimmig genehmigt. Auf einige Anfragen betreffs der Kassenpreise und der Auszahlung der Dividenden wurden Beschlüsse gefasst. Die Auszahlung der Dividenden beginnt am 15. d. M. in der jeweils bekannt gegebenen Reihenfolge und wird nach vor Ortens beendet sein. Bei der während der Versammlung vorgenommenen Wahl des ausstehenden Drittels der Aufsichtsratsmitglieder wurden nachstehende vom Aufsichtsrath vorgelegten Herren mit durchschnittlich 260 Stimmen gewählt: R. Becker, Oberlehrer, Leop. Graebner, Hofgärtendirektor, Fr. Kaefflein, Kassenrath, A. Kirsch, Oberrechnungsrath, M. Sido, Major, a. D. und W. Siebert, Geh. Finanzrath. Mit dem Ausdruck des Dankes für das Erscheinen der Mitglieder wurde hierauf die kaum eine Stunde währende Versammlung von dem Vorsitzenden geschlossen.

Schwurgericht. Zum Vorsitzenden des Schwurgerichts für das II. Quartal ist Landgerichtsdirektor Weizel, zu dessen Stellvertreter Landgerichtsrath Schenk ernannt worden. Die Sitzungen des Schwurgerichts nehmen Montag, den 15. April, Vormittags 9 Uhr ihren Anfang.

Zusatz der Sitzung der Strafkammer I vom 14. März. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Frhr. v. Ad. v. B. Vertreter der Groß- Staatsanwaltschaft: Referendar Mehl. Angeklagt wegen Diebstahls waren die Dienstmagd Christine Stieringer aus Engländerle und die Tagelöhnerin Heinrich Proff aus Langstätt und Franz Ott aus Bingen. Proff erhielt drei Monate und Ott einen Tag Gefängnis. Die Stieringer wurde mit drei Monaten Gefängnis bestraft. — In der Anklagesache gegen den Kaufmann Philipp August Borch aus Mannheim wegen Körperverletzung erkannte das Gericht auf eine Geldstrafe von 50 M. — Der Tagelöhner Johann Fleckhut aus Reichenbach der sich des Diebstahls und Betrugs schuldig gemacht, erhielt acht Monate Gefängnis, abzüglich ein Monat Untersuchungshaft. — Wegen Betrugs und Urkundenfälschung wurde der Tapezierer Ludwig Georg Red aus Gengenheim zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt. — In gleicher Sitzung gelangte die Anklage gegen den Goldarbeiter Franz Hermann aus Waldstetten wegen Kuppel zur Verhandlung. Der Fall endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis, abzüglich einem Monat Untersuchungshaft. — Am 26. Januar einmündete der schon sehr häufig bestrafte Tagelöhner Josef Rothbrust aus Mannheim und der Tagelöhner Karl Hed aus Vietzingen von dem beim städtischen Schlachthof gelegenen Lagerplatz der Karlsruhe Straßenbahngesellschaft 16 Stück Traversen und 32 Stück Lagen. Durch Vermittlung des Handelsmanns Karl Friedrich Kutz aus Oberachern veräußerten sie das gestohlene Eisen an den Handelsmann S. Nachmann hier. Rothbrust und Hed waren heute wegen Diebstahls, Kutz wegen Fehlerlei verurteilt. Rothbrust wurde unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft mit acht Monaten, Hed mit sechs Wochen und Kutz mit 14 Tagen Gefängnis bestraft.

V. Heibelberg, 14. März. Zu der am 27., 28. und 29. Juli hier stattfindenden zweiten internationalen Ausstellung von Hund und aller Rassen stiftete Seine Hoheit Prinz Wilhelm von Sachsen-Weimar einen werthvollen Silberpreis zur freien Verfügung der Ausstellungsleiter. — Am nächsten Sonntag wird hier der bekannte übliche Sommertagzug stattfinden.

Borsheim, 15. März. Heute früh wurde auf dem sogenannten Aderweg die 54 Jahre alte Frau Kinzbogel ermordet aufgefunden. Man vermutet, daß ihr eigener Mann, der 57 Jahre alte Maurer August Kinzbogel, die That beging. Der vermeintliche Mörder ist entflohen und wird von der hiesigen Genarmee und Schutzmannschaft verfolgt.

Baden, 14. März. Am kommenden Sonntag den 17. März findet im hiesigen Theater das vierte und letzte Gastspiel des Elsäßischen Theaters aus Straßburg statt, und zwar gelangt das dreiaktige Volksstück „d'Heimet“ von Greber und Stoßkopff zur Aufführung. Der Beginn der Vorstellung ist auf Abends 7 Uhr angelegt.

Sch. Lahr, 14. März. Letzten Montag fand hier die Jahresversammlung der Ortsgruppe Lahr des Deutschen Schulvereins statt, der jüngsten in Baden. Sie zählt 157 Mitglieder mit 418 M. Beiträgen, von denen je 100 M. an die Hauptleitung in Berlin und an den Landesverband abgegeben wurden. Auf Antrag des Herrn Scherle wurde beschlossen, 100 M. nach Tovar, einer in Deutschland in Bergessenschaft gegründeten deutschen Kolonie in Venezuela, und 30 M. nach St. Anna in Krain zu senden. — Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die bisherigen Herren, nämlich Rechtsanwalt Metzger als Vorsitzender, G. Scherle als stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer und Buchdruckereibesitzer Groß als Kassier wiedergewählt. — Zu Anschluß an die Jahresversammlung hielt Herr Professor Dr. v. Rohland von der Universität

Freiburg einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Das Rote Kreuz im Krieg“, den er wegen seines interessanten Inhalts auf Bitten der Herren Stadtpfarrer Sandt im Namen des Frauenvereins und Stadtraths Wittich und im Namen des Männerhilfsvereins demnächst noch einmal halten wird.

England und Transvaal.

(Telegramme.)

Paris, 15. März. Der „Matin“ meldet gerüchtheilweise aus London: Chamberlain habe Milner ermächtigt, sich den Buren gegenüber zu verpflichten, daß denselben nach ihrer Unterwerfung ein Reichsbarleben zum Wiederaufbau ihrer Gehöfte werde gewährt werden.

Haag, 15. März. Henry Rochefort ist hier eingetroffen, um mit dem Generalconsul des Orange-Freistaates und den Vertretern der holländischen Presse über die zu Gunsten der Buren einzuleitende Propaganda zu beraten.

London, 15. März. In der Nachmittags stattgehabten Versammlung des Frauen-Auswanderungsvereins hielt Chamberlain eine Rede, worin er der Erwartung Ausdruck gab, daß der Krieg in Südafrika bald beendet sein werde. England werde zehntausende seiner besten Männer dorthin senden, die ständige Bewohner des Landes werden sollten, es sei dann auch notwendig, passende Gehältern der Männer dorthin zu senden.

Kapstadt, 14. März. Die Pest breitet sich in ernster Weise aus. Die Behörden schlagen vor, die Truppen in den Lager und Kasernen zu konfinieren. Die Zahl der Befallenen unter den Europäern nimmt zu. Heute sind 4 Europäer und 8 Eingeborene erkrankt. Bis jetzt sind 11 Personen an der Pest gestorben. Man begreift allgemein die Ausbreitung. Heute wurden 2000 Eingeborene getödtet. Auch in Walmsburg brach die Pest aus.

Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

London, 15. März. Ein Telegramm der „Times“ aus Shanghai besagt: Nach Meldungen aus Nankingwang sieht Admiral Algejess den Zaren general Tsingtschi in die Stelle als Kommandant von Rußien wieder ein. Derselbe wird von 4 000 russischen Soldaten unterstützt.

London, 14. März. Unterhaus. William Redmond fragt an, ob die britische Regierung der amerikanischen Regierung irgendwelche Vorbehalte bezüglich des Vorgehens Rußlands in der Mandchurie mache. Balfour erwiderte: Die britische Regierung sei in beständiger Gedankenanstrengung mit den betreffenden Mächten über jede Hofe der chinesischen Angelegenheit, doch widersprüche es den öffentlichen Interessen, jetzt auf diese Einzelheiten einzugehen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Cronberg, 14. März. Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich erfreut sich andauernd eines guten Wohlbefindens. Heute Nachmittag unternahm die Kaiserin eine fast zweistündige Spazierfahrt.

Bremen, 15. März. Wie jetzt festgestellt, in ein Gefelle des hiesigen Gelbfarbenfabrikanten Burmann derventge, der die Lauge, mit der Weiland nach seiner Majestät dem Kaiser geworfen hat, als von ihm am Abend des Kaiserbesuchs verloren, retrognostrirte.

Paris, 15. März. Der „Figaro“ hatte gestern mitgeteilt, die Persönlichkeit, die namens der royalistischen Partei am Tage vor dem beabsichtigten Staatsstreich Déroulede befehligt habe, sei ein Abgeordneter, der sich nach Amerika einschiffen wollte, wegen der jetzt schwebenden Angelegenheit jedoch die Abreise verschoben habe. Der Abg. Graf Castellane, der die Mitteilung auf sich bezog, begab sich darauf, von einem Freunde begleitet, in die Wohnung des Generaldeputierten des „Figaro“ Rodays. Als dieser ihm eine genaue Erklärung nicht geben wollte, stürzte sich Castellane auf ihn und erging sich in großen Thätlichkeiten. — Der Generaldeputierte des „Figaro“, Rodays, hat dem Deputirten von Castellane eine Duellforderung überhandt.

Paris, 15. März. Aus Lausanne wird gemeldet, der dortige Untersuchungsrichter habe Déroulede und Buffet mitteilen lassen, er werde nicht zugeben, daß ihr Duell auf dem Gebiet des Kantons Waadt stattfände. — Die Zeugen Déroulede's und Buffet's vereinbarten letzte Nacht ein Uebereinkommen, wonach angefaßt der Thatsache, daß den beiden Gegnern Ausweisungsbefehle nebst Haftanordnungen zugegangen sind und ein Duell durch die Polizei unmöglich gemacht wurde, der Zwischenfall Déroulede's-Buffet für erledigt erklärt wird. Déroulede reiste heute früh nach Mailand, Buffet gleichzeitig nach Basel ab.

Monte-Carlo, 15. März. Die Ausständigen beschloßen, nachdem sie über die neuen Vorstöße der Grubenbesitzer berathen, die Fortsetzung des Ausstandes.

Rom, 15. März. Aus Anlaß der Wiederkehr des Geburtstages weiland seiner Majestät des Königs Humbert wohnte das Königs-paar gestern der Messe im Pantheon bei. Zahlreiche Kränze wurden am Sarge des Königs niedergelegt. In der Deputirtenkammer hielten, während alle Deputirten sich erhoben hatten, der Präsident und der Marineminister Gedächtnisreden auf König Humbert. Auch aus den Provinzen laufen Nachrichten über Kundgebungen zu Ehren des verstorbenen Königs ein.

London, 15. März. Unterhaus. Bei der Beratung des Kriegsbudgets protestirt Harcourt gegen die Umwälzung der Landespolitik und gegen den Verlust, England in eine militärische Nation zu verwandeln und fordert ferner Aufklärung über die Ausführungen Brodricks, daß England vorbereitet sein müsse, drei Armeecorps in das Ausland zu entsenden. Er fragt, ob England im Begriff sei, in eine Konkurrenz mit den großen Militärsstaaten Europas zu treten.

Balfour entgegnete, das Anwoachen des Militäretats sei der Verantwortlichkeit zuzuschreiben, die England auferlegt sei. Redner zieht alsdann Harcourts' Zee in's Lächerliche, daß England neue oder geheime Verpflichtungen eingegangen sei und führt dann weiter aus, England habe ein großes Reich und seine Kolonien zu verteidigen und habe auch Verträge, die nicht von der gegenwärtigen Regierung oder deren unmittelbaren Vorgängern abgeschlossen aber doch noch bindend seien. Es sei denkbar, daß, falls England angegriffen würde, es in jenem Defensivtrüge Verbündete haben könnte. Wenn dies der Fall sei, würden jene Verbündeten Hilfe in Operationen erwarten, die, obwohl sie schließlich die Defensivbeabsichtigten, doch offenstü

sein könnten. Die Wirkung des Statvoranschlags sei nicht so sehr die Truppenzahl zu vermehren, als die Truppen für einen bestimmten Zweck bereit zu halten.

Madrid, 13. März. Ihre Majestät die Königin Regentin ernannte General Molto zum Generalkapitän von Madrid.

Sofia, 15. März. Wie bestimmt verlautet, hat der Minister des Innern angeordnet, daß den macedonischen Schützenvereinen die Waffen abzunehmen und ihre militärischen Übungen zu verbieten seien.

Verstorbene.

Generalsabstabsarzt v. Coler.

† Der Generalsabstabsarzt der Armee, Professor Dr. v. Coler vollendet heute sein 70. Lebensjahr. Alwin Gustav Edmund von Coler wurde am 15. März 1831 als Sohn des 1873 verstorbenen Postmeisters Ludwig Coler in Groningen bei Halberstadt geboren, erhielt seine Vorbildung im medizinisch-chirurgischen Friedrich-Wilhelms-Institut und machte 1857 sein Staatsexamen. Am 18. Juli 1857 wurde er Assistenzarzt beim Jäger-Bataillon, dann später vom Dragoner-Regiment Nr. 2, wurde am 13. Mai 1863 Stabsarzt und Bataillonsarzt im Infanterie-Regiment Nr. 44 und hierauf Bataillonsarzt im Grenadier-Regiment Nr. 8. Während der Feldzüge von 1864 und 1866 lenkte er als junger Stabsarzt derart die Aufmerksamkeit auf sich, daß er 1867 zum Medizinalstab der Armee kommandirt wurde, um dort im Jahre darauf als Dezerent in das Kriegsministerium einzuführen. Am 3. Januar 1868 zum Oberstabsarzt und Regimentsarzt des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 2 ernannt, wurde er bald darauf in die Medizinalabtheilung des Kriegsministeriums zurückberufen und nahm hier als der Gehilfe von Dr. Grimm und Dr. von Bauer besonderen Antheil an der Neuordnung und Aufbesserung des Sanitätsdienstes im Heere und des Lazarethwesens. Nachdem ihm am 16. Mai 1872 der Majorrang verliehen, wurde er am 12. November 1874 zum Generalarzt zweiter Klasse und Corpsarzt des 4. Armeecorps ernannt, wobei der Kaiser befahl, daß Dr. Coler einwillen noch als kommandirt bei der Medizinalabtheilung bei dem Kriegsministerium verbleibe. Bald darauf zu dieser Abtheilung wieder zurückversetzt, wurde er am 19. Dezember 1884 geadelt und am 31. März 1885 zum Abtheilungschef bei der Medizinalabtheilung ernannt. Am 21. Juni 1887 wurde ihm das Patent als Generalarzt erster Klasse verliehen mit dem Range eines Generalmajors. Im Jahre 1889 trat er als Generalsabstabsarzt der Armee an die Spitze des preussischen Militär-sanitätswesens, erhielt 1891 den Rang als Generalleutnant und wurde 1892 zum ordentlichen Honorarprofessor an der Universität Berlin ernannt zur Auszeichnung für die großen Verdienste, die er sich als Reformator des Militär-sanitätswesens erworben hat. Von seinen Schriften sind mehrere Festreden im Druck erschienen, die er als Direktor der militärärztlichen Bildungsanstalten gehalten hat. Wesentlich seinen Bemühungen ist unter anderem auch die immer ausgebehendere Verwendung und zweckmäßiger Gestaltung transportabler Lazarethbaracken zu verdanken.

† **Brug, 14. März.** Ein sensationelles Ereigniß wird aus Karlsbad gemeldet, wo, laut „Frank. Ztg.“, heute Nachmittag sich ein neuer Sprudel gebildet hat, der schlagartig in der Minute 800 Liter in die Höhe schleudert. Die Sprudelballe war bald unter Wasser. Die Wassermassen breiten sich aus. Bis zur Stunde ist man ihrer noch nicht Herr geworden. Der alte Sprudel springt stärker als je.

† **Saint Etienne, 15. März.** (Telegr.) In dem Dolomenschachte bei Rochella Mollière drang Wasser ein. 700 Arbeiter mußten zu Tage befordert werden. Es gelang, alle bis auf drei, die vermisst werden, zu retten.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Samstag, 16. März. Abth. B. 43. Ab.-Vorst. (Kleine Preise): „Der Großkaufmann“, Volksstück in 3 Akten, von Oskar Walthers und Leo Stein. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Sonntag, 17. März. Abth. C. 44. Ab.-Vorst. (Mittelpreise): „Die Afrikanerin“, große Oper mit Ballet in 5 Akten, von E. Scribe, deutsch von F. Gumbert, Musik von G. Meyerbeer. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Anmerkung. Das Abonnement für das IV. Quartal 1900/1901 kann von den berechtigten Abonnenten gegen Empfangnahme der neuen Abonnementskarten vom 18. März 1901 an an der Billetkassa in den Nachmittagsstunden von 3 bis 5 Uhr entrichtet werden. Der Vorverkauf bleibt in diesen Nachmittagsstunden geschlossen.

Meteorbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydrol. v. 15. März 1901.

Eine Depression liegt noch, wie am Vortage über die Biscayasee, doch hat sie sich weit in das Binnenland hinein ausgebreitet und hat das barometrische Maximum, das gestern den Norden Europas bedeckte, nach dem Nordosten verdrängt. In Deutschland ist das Wetter vorwiegend trüb, vielfach regnerisch und unter Tag ziemlich warm. Das Fallen des Quecksilbers läßt erkennen, daß die Depression ihre Herrschaft noch weiter ausdehnt; bei sinkenden Temperaturen sind deshalb Regen- und Schneefälle zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

	Barom.	Therm.	Nebel.	Wind.	Himmel.
März					
14. Nachts 9 ⁰⁰ U.	748.2	4.1	5.8	95	SE heiter
15. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	747.5	5.6	5.5	82	NE bedeckt
15. Mittags 2 ⁰⁰ U.	745.2	11.6	5.4	53	„

Höchste Temperatur am 14. März: 9.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 3.4.

Niederschlagsmenge des 14. März: 0.1 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxan, 14. März: 3.38 m, g. fallen 9 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Reig in Karlsruhe.

Anzeigen

finden weitest Verbreitung

in der über ganz Baden

gleichmäßig vertheilten

Karlsruher Zeitung.

Gestern Früh verstarb zu Weinheim in Baden unser lieber Gatte und Vater, der

Kgl. preussische Oberst a. D.

Oscar de Lorne de St. Ange

im Alter von 68 Jahren.

Karlsruhe, den 15. März 1901.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

de Lorne St. Ange,

Hauptmann und Kompagnie-Chef im Inf.-Regt. Herzog Ferdinand von Braunschweig (S. westf.) Nr. 57.

Die Beerdigung findet am Samstag den 16. März, Nachmittags 1/4 4 Uhr, von der Friedhofkapelle Karlsruhe aus statt. §950

Versteigerung von Flaschen-Weinen.

Dienstag den 16. April 1901, Mittags 12 1/2 Uhr, läßt

Herr **Fritz Eckel**, Weingutsbesitzer in Deidesheim, Forst, Ruppertsberg und Wachenheim **109600 Flaschen Wein**

der Jahrgänge 1893, 1895, 1896, 1897 u. 1898 aus den besseren und besten Lagen obiger Weinorte im Lokale des Gasthofes zum Bayerischen Hof in Deidesheim in Partien von je

500 Fl., Taxe von M. 0.90 bis M. 1.50, 300 Fl., Taxe von M. 1.60 bis M. 2.60, 200 Fl., Taxe von M. 2.70 bis M. 3.75, 100 Fl., Taxe von M. 4.— bis M. 18.— öffentlich versteigern.

Ganze Flaschen zur Probe gegen Berechnung zur Verfügung. Versteigerungslisten mit Taxen zu Diensten. §941,1 Probezeit: 19., 20. März und 16. April im Versteigerungslotale. Crolly, Kgl. Notar.

Die Süddeutsche Versicherungs-Bank

für Militärdienst- und Töchter-Aussteuer in Karlsruhe übernimmt Kinder-Versicherungen in der Weise, daß die Kapitalien zahlbar werden:

- a) auf einen vorher bestimmten gewissen Zeitpunkt: 18, 20, 25 u. Jahre;
- b) auf den Hochzeitstag eines Töchterchens;
- c) auf den Militärdienst eines Knaben; außerdem
- d) Alters-Versicherungen Erwachsener ohne ärztliche Untersuchung.

Je früher der Beitritt erfolgt, desto billiger die Prämie. Aufhören der Prämienzahlung in früherem Todesfall des Antragstellers. — Vollständige Rückgewähr, falls das versicherte Kind vorher stirbt. — Niedrige Prämien, solide, sparsame Verwaltung, alle Ueberschüsse den Versicherten. — Auskunft erteilt und Anträge nimmt entgegen. §139,13

Die Direktion, Schlossplatz 7, Karlsruhe.

Flügel und Pianinos

von Steinweg Nachf. empfiehlt der Alleinverreter

Ludwig Schweisgut, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4.

Zu Eltern findet junger Mann, der im Besitze des Berechtigungscheines ist, Stellung als

Lehrling. Braunsche Hofbuchhandlung G. Pilmeyer.

Gesucht tüchtiger jüngerer

Bureaugehilfe

Eintritt sofort. Bedingung: Beherrschung der Stenographie (Gabelberger) und Schreibmaschine (Post). Angebote mit Zeugnissen und Angabe der Gehaltsansprüche an die Handelskammer Mannheim.

I. Baden-Badener

Hamilton Geldlotterie

Loose à 1 Mk., Porto und Liste 11 „ à 10 „ 25 Pf. extra

Ziehung sicher 19.—20. April 2288 Geldgewinne zahlbar ohne Abzug im Betrage

v. Mk. 42000

- | |
|--------------------|
| 1 Gew. — Mk. 20000 |
| 1 Gew. — Mk. 5000 |
| 2 Gew. — „ 2000 |
| 4 Gew. — „ 2000 |
| 20 Gew. — „ 2000 |
| 100 „ — „ 2000 |
| 200 „ — „ 2000 |
| 560 „ — „ 2800 |
| 1400 „ — „ 4200 |

§849,5 J. Stürmer, General-Debit, Strassburg i.E. Wiederverkäufer werden gesucht

Handschuhe, Cravatten, Hosenträger, anerkannt vorzögl. Qualitäten, empfehlen Ludwig Oehl Nachfolger, Karlsruhe, Kaiserstrasse 116. §562,5

Gehilfenstelle.

Bei der evang. Pflanzschule in Deidesheim ist die 3. Gehilfenstelle mit einer Anfangsvergütung von 900 M. jährlich sofort neu zu besetzen. Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse, sowie eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes bis längstens 26. d. M. melden. §940

Aus den Domänenwaldungen Großh. Forstamts Rothenfels Distr. I Eichelberg, Abth. 28, 29, 38, Distr. II Bruchberg, Abth. 12 u. 13, werden im Rathhaus in Rothenfels Mittwoch den 20. d. Mts., Morgens 10 Uhr, versteigert: Eichen 55 IV. Kl., 141 V. Kl. (Wagner); Buchen: 4 I. Kl., 11 II. Kl.; 175 eichene, 52 buchene und 150 Radelholz-Wagner-(Hag)-Stangen. Die Forstwärter Schottmüller in Rothenfels und Rieger in Michelbach zeigen auf Verlangen das Holz vor.

Bekanntmachung. §928,1. Nr. 3952. Waldkirch. Bei diesseitigem Amtsgerichte ist auf 1. April l. Js. eine Defizitenstelle mit einem Jahresgehalt von 600 M. und einigen Abschrittsgebühren neu zu besetzen. Geeignete Bewerber aus der Zahl der Aspiranten wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen alsbald melden. Waldkirch, den 13. März 1901. Großh. Amtsgericht. Stegmüller.

§897. Nr. 16300. Waldshut. Bei dem diesseitigen Amte ist sofort eine Kanzleihilfenstelle mit einer Jahresvergütung von 900 M. zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der Verwaltungskassare und Aspiranten wollen sich innerhalb 8 Tagen unter Anschluß von Zeugnissen dahier melden. Waldshut, den 12. März 1901. Großh. Bezirksamt. Wild.

Samstag den 16. März

Eröffnung

meines neuerbauten Geschäftshauses

36 Waldstrasse 36

Karoline Stein-Denninger,

Großh. Hoflieferantin.

Erstes u. ältestes Specialgeschäft in Corsets u. Unterröcken.

Bürgerliche Rechtsstreite.

§928. Nr. 6231. Dffenburg. Ueber das Vermögen des Randwirths und Postagenten Ferdinand Scherer und dessen Ehefrau Sophie geb. Wäger in Zunsweier wurde heute am 13. März 1901, Nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Geschäftsführer Georg Krey hier wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 1. April 1901 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Samstag den 13. April 1901, Vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Samstag den 20. April 1901, Vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. April 1901 Anzeige zu machen. Offenburg, den 13. März 1901. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: J. A. Horadam.

§922. Bretten. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bierbrauers Christian Vitzroff in Golshausen wurde nach Abhaltung des Schlußtermins und Vollzug der Schlußvertheilung durch Beschluß des diesseitigen Gerichts vom 12. März 1901, Nr. 3974, aufgehoben. Bretten, den 12. März 1901. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: B. Kühner.

§887. Geseh. Nr. 3425. Sinsheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Metzgers Hirsch Metzger von Sinsheim ist zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung Termin auf

Donnerstag den 28. März 1901, Vormittags 11 Uhr, vor dem Großh. Amtsgerichte hier selbst bestimmt. Sinsheim, den 5. März 1901. Kumpf, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

§910. Nr. 9546. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Karl Obert von Karlsruhe ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

Donnerstag den 11. April 1901, Vormittags 11 Uhr, vor dem Großh. Amtsgerichte hier selbst, Akademiestraße 2 (II. Stock, Zimmer Nr. 10) bestimmt. Karlsruhe, den 9. März 1901. Hofmann, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

§909. Nr. 4299. Konstanz. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Holzhändlers Rudolf Haag in Konstanz ist zur Abnahme der Beschlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin auf:

Konstanz, den 12. März 1901. A. Burger, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Bauarbeitenvergebung.

Für den Neubau eines Amtsgefängnisses in Oberkirch sollen die Sipler, Schreiner, Glaser, Tüncher, Tapezier- und Plätterarbeiten unter den für Staatsbauten geltenden allgemeinen und besonderen Bedingungen vergeben werden. Die Pläne u. s. w. können in der Zeit vom 15. bis zum 30. März (einschließlich) zu den üblichen Bureaustunden auf unserem Geschäftszimmer eingesehen werden. Dasselbst sind auch die Angebotsformulare in Empfang zu nehmen. Die Angebote sind spätestens am 3. April, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bei uns eingereicht. §934,1

Zuschlagsfrist sechs Wochen. Achern, den 13. März 1901. Großh. Bezirksbauinspektion. F. Baumann.

§863,1 Nr. 989. Karlsruhe. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Nebenbahnstrecke Oberhuldingen—Unterhuldingen Lieferung von eisernen Ueberbauten. Die Lieferung und Aufstellung des Eisenwerks der Brücken der Nebenbahnstrecke Oberhuldingen—Unterhuldingen wird im Wege des öffentlichen Anbietersverfahrens vergeben. Das Eisengewicht für 3 Bahnbrücken und 2 Wegunterführungen beträgt rund

Fußsteine . . . 172 040 kg
Grüßeisen . . . 3 150 „
Stahl . . . 2 810 „
178 000 kg

Bedingungshefte, Pläne und Gewichtsverzeichnisse liegen auf unserem Geschäftszimmer zur Einsichtnahme auf und werden auch gegen Erstattung der Selbstkosten im Betrage von 5 M. abgegeben. Angebote auf die ganze Lieferung, versehen mit der Aufschrift: „Eiserne Brücken Nebenbahnstrecke“ sind portofrei und verschlossen längstens bis zu der auf

Samstag den 30. März 1901, Vormittags 11 Uhr, festgesetzten Eröffnungsverhandlung einzureichen. Die Zuschlagsfrist beträgt 3 Wochen. Ueberlingen am Bodensee, den 12. März 1901. Großh. Eisenbahninspektion.

§935. Karlsruhe. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Gültigkeit vom 15. März bezw. 1. April l. Js. werden für Stein, wie im Spezialtarif III unter Ziffer 1 genannt, im Verkehr zwischen Bundenbach einerseits und Freiburg i. Br. und Mannheim andererseits ermäßigte Frachtsätze unter den für den Ausnahmetarif 3 (auf Seite 7 des Nachtrags II zum Gütertarif Badische Staatsbahn—Badische Nebenbahnen im Privatbetrieb) bestehenden Bedingungen eingeführt. Nähere Auskunft erteilen die Stationen. Karlsruhe, den 13. März 1901. Großh. Generaldirektion.

§942. Karlsruhe. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen

Im süddeutsch-österreich-ungar. Verband ist zu dem vom 1. Januar 1894 gültigen Gütertarif, Theil II, Heft C (gemeinschäftliches Heft), der Nachtrag VI mit Gültigkeit vom 1. April l. Js. erschienen. Karlsruhe, den 14. März 1901. Großh. Generaldirektion.

§948. Karlsruhe. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Im Ausnahmetarif Nr. 3 (für Getreide), 4 (für Malz) und 5 (für Mühlen-erzeugnisse) südbadischen Gütertarifs vom 1. Mai 1900 treten die Frachtsätze für Bafel am 1. Mai l. Js. außer Kraft. Dieselben werden durch anderweitig größtentheils höhere Frachtsätze ersetzt werden. Nähere Auskunft erteilt unser Gütertaxibureau. Karlsruhe, den 13. März 1901. Generaldirektion.

Brückenbau-Arbeiten.

Zum Neubau der Ringbrücke bei Wolfach sollen die Gründungs-, Mauer- und Steinmauerarbeiten für die beiden Widerlager sowie für Ufer- und Stützmauern im öffentlichen Anbietersverfahren vergeben werden. Die Arbeiten umfassen:

Mauerwerksabbruch . . . 400 cbm
Fundamentaushub . . . 1800 „
Einrammen von 3 m langen
I Trägern . . . 284 Stück
Betonfundamente . . . 119 cbm
Eckloppenmauerwerk . . . 470 cbm
Quadermauerwerk . . . 27 cbm

Die Vergabeunterlagen können auf unserem Geschäftszimmer eingesehen werden. Angebote sind unter Benützung der von uns zu beziehenden Formulare mit der Aufschrift „Brückenarbeiten“ längstens bis zu der auf den

2. April d. Js., Vormittags 11 Uhr anberaumten Eröffnungsverhandlung verschlossen und portofrei bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. Gr. Wasser- und Straßenbauinspektion Offenburg. §862,1